

Übersicht 3

Unrevidierte Investitionspläne 1979 und 1980

	Hochgeschätzte Investitionen in Mill. S			
	1. Pl. Herbst 1978	2. Pl. Frühjahr 1979	3. Pl. Herbst 1979	1. Pl. Herbst 1980 ¹⁾
Industrie insgesamt	24 957	27 109	27 301	30 240
Grundstoffindustrie	5 358	5 920	6 188	5 737
Investitionsgüterindustrie	11 182	11 833	11 892	14 133
Konsumgüterindustrie	8 417	9 356	9 221	10 370
Bergwerke	734	883	867	579
Eisenerzeugende Industrie	2 884	2 975	3 138	3 345
Erdölindustrie	3 274	3 371	3 568	3 419
Stein- und keramische Industrie	1 764	1 775	1 795	1 389
Glasindustrie	354	605	724	770
Chemische Industrie	2 832	2 680	2 705	3 097
Papierherzeugung	983	880	871	952
Papierverarbeitung	298	317	258	401
Holzverarbeitung	543	621	511	621
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2 087	2 489	2 177	2 392
Lederherzeugung	21	41	50	39
Lederverarbeitung	110	120	218	136
Gießereiindustrie	337	398	314	490
Metallindustrie	322	329	384	396
Maschinen- Stahl- und Eisenbau	2 240	2 432	2 532	3 694
Fahrzeugindustrie	1 024	1 158	995	1 320
Eisen- und Metallwarenindustrie	1 733	1 715	1 877	2 176
Elektroindustrie	2 369	3 142	3 033	3 644
Textilindustrie	851	973	1 023	1 130
Bekleidungsindustrie	187	225	251	250

¹⁾ Ohne Berücksichtigung späterer Revisionen

zessionsbedingt niedrigen Niveau gelegen, 1979 konnte jedoch das Selbstfinanzierungspotential um 15% bis 20% erhöht werden. Damit gelang ein wichtiger Schritt in Richtung Normalisierung. Die industriellen Arbeitskosten sind 1979 erstmals seit 1976 gesunken. Von Kapazität, Kosten und Ertrag her sind somit alle Voraussetzungen für die Erholung der industriellen Investitionstätigkeit gegeben.

Verringerung des Kapitalstockwachstums und Verlagerung zu den Rationalisierungsinvestitionen

Der industrielle Kapitalstock reagiert langsam auf Veränderungen im Investitionsvolumen. Die längere Staginationsphase drückte aber doch die jährlichen Wachstumsraten, die sich dann erfahrungsgemäß nur zögernd beschleunigen. Die geringen Investitionen der letzten Jahre haben bewirkt, daß der Kapitalstock, der mittelfristig um mehr als 5% gewachsen ist, 1978 nur noch um 3,4% und 1979 um 2,9% expandierte¹⁾. Diese Verringerung des Kapitalstockwachstums ist in Perioden der Unterauslastung nicht problematisch, schränkt aber später die Produktionsmöglichkeiten ein. Die Rückkehr zu der bisherigen Kapitalstockwachstumsrate würde etwa eine Erhöhung der realen Investitionen um ein Drittel erfordern. Zur Verringerung des Kapitalstockwachstums trug auch eine Verlagerung der Investitionsmotive von der Kapazitätserweiterung zur Rationalisierung bei. Nur 19% der Industriebetriebe investierten 1979 primär, um ihre Kapazitäten zu erweitern, im Höhepunkt (1972) des Investitionsbooms waren es 37% gewesen, im Jahr 1978 immerhin noch 22%. Eine Erweiterung der Kapazitäten wird für ein größeres Projekt der Erdölindustrie als vorrangig betrachtet. In der papiererzeugenden Industrie und in der Papierverarbeitung sowie in der Fahrzeugindustrie betont immerhin noch ein Drittel der Befragten dieses Investitionsziel. In den meisten Be-

¹⁾ Den Berechnungen von W. Schenk liegt die Annahme einer Abgangsquote von 3,5% zugrunde. Die Abgangsrate wurde etwas höher angenommen als bisher, um die Veralterung der Kapazitäten durch den Strukturwandel in der Nachfrage zu berücksichtigen. Bei gleicher Abgangsquote, wie früher angenommen wurde, würde das Wachstum bis zu ½ Prozentpunkt höher liegen.

Übersicht 4

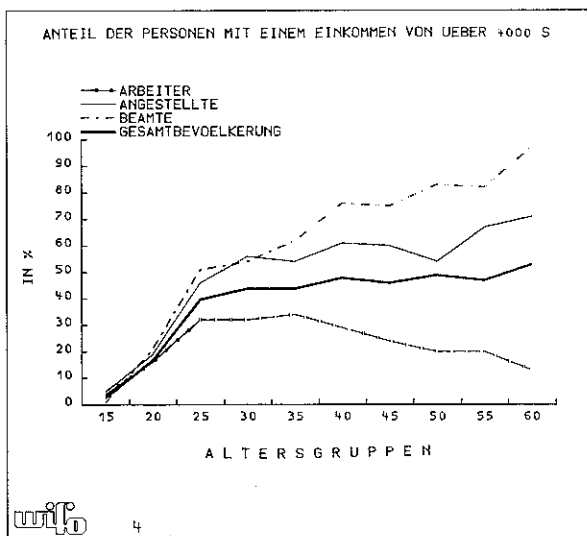
Investitionen und Investitionsquote 1964 bis 1980

	Industrie insgesamt ¹⁾				Investitions- quote	Grundstoffe ²⁾		Investitionsgüter ²⁾		Konsumgüter ²⁾	
	nominell Mill. S	%	real Mill. S	%		nominell Mill. S	%	nominell Mill. S	%	nominell Mill. S	%
1964	9 590	+ 1,7	9 590	- 1,0	7,4	1 679	-14,4	3 237	- 6,7	4 674	+16,9
1965	10 575	+10,3	10 307	+ 7,5	7,7	1 856	+10,5	3 775	+16,6	4 944	+ 5,8
1966	10 993	+ 4,0	10 450	+ 1,4	7,5	1 809	- 2,5	5 081	+34,6	4 103	-17,0
1967	10 684	- 2,8	9 948	- 4,8	7,0	1 455	-19,6	4 640	- 8,7	4 589	+11,8
1968	10 457	- 2,1	9 691	- 2,6	6,5	2 149	+47,7	3 965	-14,5	4 343	- 5,4
1969	12 003	+14,8	10 679	+10,2	6,6	2 751	+28,0	4 217	+ 6,4	5 035	+15,9
1970	16 055	+33,8	13 537	+26,8	7,7	3 225	+17,2	6 228	+47,7	6 602	+31,1
1971	21 185	+32,0	16 747	+23,7	8,9	4 599	+42,6	8 581	+37,8	8 005	+21,3
1972	24 216	+14,3	18 018	+ 7,6	9,1	4 481	- 2,6	11 297	+31,7	8 438	+ 5,4
1973	22 409	- 7,5	16 925	- 6,1	8,0	3 465	-22,7	10 794	- 4,5	8 150	- 3,4
1974	25 013	+11,6	16 554	- 2,2	7,4	4 232	+22,1	11 974	+10,9	8 807	+ 8,1
1975	21 509	-14,0	13 163	-20,5	6,3	4 769	+12,7	9 015	-24,7	7 725	-12,3
1976	22 775	+ 5,9	13 770	+ 4,6	6,0	5 622	+17,9	8 519	- 5,5	8 634	+11,8
1977	27 836	+22,2	16 297	+18,4	6,9	6 100	+ 8,5	11 242	+32,0	10 494	+21,5
1978	28 000	+ 0,6	15 810	- 3,0	6,7	5 898	- 3,3	10 406	- 7,4	10 892	+ 3,8
1979	28 700	+ 2,5	15 463	- 2,2	6,3	6 188	+ 4,9	11 892	+14,3	9 221	-15,4
1980	33 800	+17,8	17 468	+13,0	7,0	5 737	- 7,3	14 133	+18,8	10 370	+12,5

¹⁾ Institutsschätzung — ²⁾ Ohne Berücksichtigung des Revisionsverhaltens

Abbildung 1

Einkommensprofile von Unselbständigen

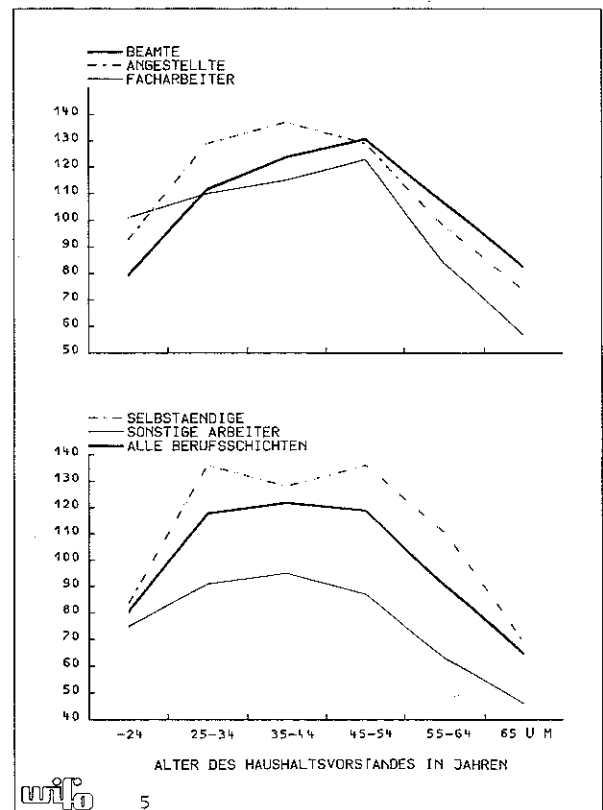


Q: H. Suppanz — M. Wagner: Die Einkommensverteilung in Österreich, Wien 1979

men, Haushaltsgröße, soziale Stellung u. a., besonders in Zeitreihen nur schwer isolieren läßt. So steigen die Einkommensprofile, die angeben, wie sich die Wahrscheinlichkeit mehr als ein bestimmtes Referenzeinkommen zu verdienen im Lebenszyklus ändert, bei den Beamten kontinuierlich mit dem Alter, jene der Angestellten flachen nach einer Periode starken Anstiegs ab ohne zu sinken, bei den Arbeitern hingegen weisen sie eine umgekehrte U-Form auf: Auf Jahre des Aufstiegs und der Stagnation folgen schon vor der Pensionierung Jahre der Einkommensminderung⁷⁾ (siehe Abbildung 1). Arbeiter dürften sich daher in jungen Jahren weniger verschulden als z. B. Beamte, die fest mit künftigen Einkommenssteigerungen rechnen können.

Für die Höhe des Haushaltseinkommens ist dagegen nach Erhebungen des Institutes für Stadtforschung⁸⁾ diese umgekehrte U-Form für alle Haushaltsklassen (gegliedert nach dem Beruf des Haushaltsvorstandes) typisch (siehe Abbildung 2), wobei das maximale Familieneinkommen im Schnitt im Alter von rund 40 Jahren des Haushaltsvorstandes erreicht wird. Der Grund hierfür liegt darin, daß sich mit der Lebensphase meist auch die Zahl der Einkommensbezieher ändert. In Haushalten mit Kindern z. B. steigt sie mit dem Eintritt der Kinder ins Berufsleben und sinkt meist mit deren Heirat und dem damit verbundenen Ausscheiden aus der Familie. Auch die Größe der Fa-

Abbildung 2

Index der Haushaltseinkommensentwicklung im Altersablauf nach Berufsschichten
(Gesamtdurchschnitt = 100)

Q. A. Kaufmann — E. Knoth — B. Hartmann: Wohnungskosten und ökonomische Situation der Haushalte, Wien 1979

milie schwankt im Lebenszyklus. Die Zahl der im Haushalt lebenden Personen steigt ab der Familiengründung, erreicht im Schnitt in einem Alter um die 40 Jahre des Familienvorstandes ihr Maximum, danach geht sie zurück. Je mehr Personen von einem bestimmten Haushaltseinkommen leben müssen, desto geringer wird der Lebensstandard pro Kopf. Dieser Verarmungseffekt der Haushaltsgröße wird dadurch gemildert, daß in größeren Haushalten verschiedene Einsparungen möglich sind, z. B. durch den Einkauf verbilligter Großpackungen oder durch die mehrfache Verwendung von Kleidern und Spielsachen (in Haushalten mit Kindern). Dadurch kann oft mit geringerem Aufwand pro Kopf der gleiche Nutzen erzielt werden wie in kleineren Haushalten. Größere Haushalte geben daher in der Regel zwar mehr aus als kleinere, doch steigen die Ausgaben nicht proportional mit der Kopfzahl, d. h. die Ausgaben pro Kopf sinken.

In Querschnittanalysen können die Einflüsse dieser demographischen und sozioökonomischen Faktoren wohl durch geeignete Kreuzklassifikationen nach mehreren Merkmalen (z. B. Einkommen, Haushalts-

⁷⁾ Vgl. M. Wagner: Einkommenschancen im Lebenszyklus. Befunde aus dem österreichischen Mikrozensus, Teilstudie in H. Suppanz — M. Wagner (Hrsg.). Die Einkommensverteilung in Österreich, vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank geförderte Untersuchung, Wien 1979.

⁸⁾ Vgl. A. Kaufmann — E. Knoth — B. Hartmann: Wohnungskosten und ökonomische Situation der Haushalte, Wien 1979.

Verbesserung von Kapazitätsauslastung und Arbeitsmarkt bei zurückhaltender Lohnpolitik

Die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion lag mit über 5% um rund 1 Prozentpunkt höher, als dem Trend der letzten zehn Jahre entsprochen hätte. Gleichzeitig war, wie schon in den Vorjahren, das Wachstum der Kapazitäten deutlich geringer als in der Zeit vor der Rezession 1975. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg nur um 0,3%, gegenüber 0,7% im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Auch der Kapazitätszuwachs der Sachanlagen war im Vergleich zur längerfristigen Entwicklung gering, weil einerseits die Investitionsquote der Volkswirtschaft leicht zurückging, andererseits sich innerhalb der Investitionen die Verlagerung zu den nicht unmittelbar produktiven und den Rationalisierungsinvestitionen fortsetzte. Die Besserung der Kapazitätsauslastung war in der Industrie besonders ausgeprägt. Die Einschätzung der Kapazitätsauslastung durch die Industrieunternehmer (im Rahmen des Investitionstests) erreichte im Vorjahr einen Wert, der dem Durchschnitt der siebziger Jahre, nicht aber der Zeit der Hochkonjunktur vor 1975 entspricht. Die Drosselung der Kapazitätsausweitung in der Industrie seit 1975 scheint nun die Produktionskapazitäten mit der langsamer wachsenden Nachfrage soweit in Einklang gebracht zu haben, daß die Auslastung als normal empfunden wird. Die Arbeitsproduktivität der Gesamtwirtschaft (Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen) wuchs um nahezu 5%. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten konnte um 0,7% ausgeweitet werden, die der Beschäftigten in der Industrie ging im Jahresdurchschnitt noch um 0,4% zurück. Die Konjunkturbelebung wirkte sich auf dem Arbeitsmarkt mit der üblichen Verzögerung aus. Eine grundlegende Wende in der Beschäftigungssituation ist nicht eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen blieb auch 1979 noch über dem Stand des Rezessionsjahres 1975 und erheblich über den Werten der Hochkonjunkturjahre. Auch dieses Ergebnis konnte nur dank beschäftigungsstützenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und einem Ab-

bau der Ausländerbeschäftigung erzielt werden. Außerdem blieb die Erwerbsbeteiligung der Inländer abermals hinter den früheren Erwartungen deutlich zurück.

Die Belebung der Nachfrage trug somit in erster Linie zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität und zu einer Erholung der Ertragssituation bei. Die bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten und die relativ zurückhaltende Lohnpolitik führten zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote (von 74,5% auf 72,9%) und der Arbeitskosten je Stückerinheit in der Industrie (—0,5%). Die durchschnittlichen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen wuchsen (nominell, brutto) um 5,9% gegen 7,3% im vorhergehenden Jahr, in der Industrie blieb der Zuwachs trotz niedrigerer Kollektivvertragsabschlüsse infolge einer positiven Lohndrift mit rund 6% etwa gleich hoch wie 1978.

Arbeitsstückkosten in der Gesamtwirtschaft und Industrie

	1976	1977	1978	1979
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Gesamte Wirtschaft	3,8	6,3	6,0	1,2
Industrie	-0,4	6,1	2,7	-0,5

Ende der Stabilisierungsphase

Angesichts der internationalen Hausse der Energie- und Rohstoffpreise sowie der Beschleunigung der Inflation auf der Endverbraucherstufe in nahezu allen Industrieländern ist es erstaunlich, daß der Preisauftrieb in Österreich gemessen am Deflator des Brutto-Inlandsproduktes noch weiter zurückging und sich auf der Verbraucherstufe im Jahresdurchschnitt nicht beschleunigte. Die Verbraucherpreissteigerung von 3,7% war neben der der Schweiz und Japans die geringste im OECD-Raum. Sowohl die rückläufigen Arbeitskosten als auch die hinhaltende Taktik der österreichischen Preispolitik trugen zu diesem Ergebnis bei. Dennoch trat auch in Österreich — gegenüber den anderen Industrieländern mit rund einem halben Jahr Verzögerung — eine Wende in der Preisentwicklung ein. In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich die Inflation in erster Linie infolge der Überwälzung der gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten auf die Endverbraucherstufe. Zerlegt man den Anstieg des inländischen Preisniveaus (gemessen am Deflator des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens) in eine "importierte" und eine "hausgemachte" Komponente, so ergibt sich für erstere ein ähnlich hoher Wert wie 1974 nach der ersten Erdölverteuerung.

Gewogen mit dem Anteil an der heimischen Güterversorgung trugen 1979 die Preissteigerungen der Importwaren die Hälfte zum Preisauftrieb der inländi-

Indikatoren der Kapazitätsauslastung

	1976	1977	1978	1979
Arbeitsmarkt				
Arbeitslosenquote (%)	2,0	1,8	2,1	2,0
Arbeitsmarkterspannung ¹⁾	0,5	0,6	0,5	0,6
Industriell-gewerbliche Berufe	0,7	0,9	0,7	0,8
Bauberufe	0,5	0,6	0,4	0,4
Dienstleistungsberufe	0,7	0,7	0,6	0,7
Unternehmerbefragung (Industrie)				
Kapazitätsauslastung (I ¹ Herbst) %	84	84	83	86
Anteil der Firmen mit befriedigender Auslastung (KT) %	32	31	33	55
Auslastungskoeffizient ²⁾	2,6	2,9	3,0	3,1

¹⁾ Gemeldete offene Stellen je Arbeitsuchenden — ²⁾ Quotient Auftragsbestände: Produktionswert (ohne Maschinen)

Die Theorie der "komparativen" Kostenvorteile, von *Ricardo* 1817 formuliert⁴⁾, sollte die Vorteile des Freihandels gegenüber dem Protektionismus und damit den Abbau nationaler Handelshemmnisse theoretisch untermauern. Diese Theorie beruht auf der Beobachtung, daß die gleichen Produkte in verschiedenen Ländern zu relativ verschiedenen Kosten hergestellt werden können. Sie besagt, daß alle Länder ihren Wohlstand vergrößern können, wenn sie jene Güter exportieren, für die sie die größten Kostenvorteile realisieren können, und jene importieren, für die ihre Kostenvorteile am geringsten sind. Unterschiedliche Kosten bei der Herstellung gleicher Güter in verschiedenen Ländern wurden ursprünglich nur auf die unterschiedliche (reale) Arbeitsproduktivität zurückgeführt⁵⁾. Erst die Ökonomen *Heckscher*⁶⁾ und *Ohlin*⁷⁾ erkannten, daß auch unterschiedliche Faktorpreise Ursache für unterschiedliche relative Kosten in verschiedenen Ländern sein können. Sie führten die unterschiedlichen Faktorpreise auf ungleiche Faktorausstattung und mangelnde Mobilität der Produktionsfaktoren zurück. Unter diesen Umständen kann ein Land komparative Vorteile in der Herstellung von Produkten realisieren, bei denen der relativ reichlich vorhandene und daher relativ billige Produktionsfaktor intensiv genutzt wird (Faktorproportionentheorie). Kräftiges Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung in den meisten westlichen Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg führten dazu, daß vor allem der Faktor Arbeit als knapper und nur beschränkt mobiler Produktionsfaktor hervortrat. Die moderne industrielle Entwicklung führte weiters zu einer Unterscheidung des Faktors Arbeit nach unterschiedlichen Qualifikationsstufen, die untereinander kaum substituierbar sind: Empirische Untersuchungen in den dreißiger Jahren zeigten, daß die Exporte der USA als eines kapitalstarken Landes arbeitsintensiver als ihre Importe waren. Dieses sogenannte "Leontief-Paradoxon" wurde unter anderem mit der unterschiedlichen Qualifikation der Arbeitskräfte erklärt: Ein hoch entwickeltes Industrieland verfügt relativ reichlich über hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die in einem wirtschaftlich wenig entwickelten Land besonders knapp sind. Es ist daher nach der Theorie der komparativen Kostenvorteile für Industrieländer sinnvoll, Produkte zu exportieren, die vorwiegend hoch qualifizierte Arbeit enthalten, und umgekehrt solche zu importieren,

bei denen andere Faktoren überwiegen (Neo-Faktorproportionentheorie). Eine primäre Erklärung für den Handel zwischen hochentwickelten Industrieländern und Niedriglohnländern liefert somit der Anteil qualifizierter Arbeitskräfte an der Herstellung eines Produktes, die sogenannte "Humankapitalintensität" oder "Skillintensität". Andere Autoren stellen den unterschiedlichen "Innovationsgehalt" von Produkten für die Erklärung internationaler Handelsströme in den Vordergrund. Aus theoretischer Sicht bestehende wichtige Unterschiede zwischen beiden Erklärungen⁸⁾ sind für die empirische Wirtschaftsforschung von geringer Bedeutung, da eine exakte Trennung von Humankapitalintensität und Innovationsintensität wegen der starken Wechselwirkung zwischen beiden empirisch kaum möglich ist: Innovatorische Unternehmungen benötigen in der Regel nicht nur mehr wissenschaftliches Personal, sondern auch höher qualifizierte Arbeiter. Grenzfälle, die eine gewisse Trennung erlauben, sind der Zukauf von Know-how (Patente, Lizenzen) oder eine sehr weitgehende organisatorische Trennung von Forschung und Entwicklung einerseits und Fertigung andererseits, sogenannte "verlängerte Werkbänke". Eine explizite Synthese beider Ansätze stellt die Theorie des "Produktzyklus" dar⁹⁾. Die Theorie des Produktzyklus nimmt an, daß jedes Produkt gewisse "Lebensphasen" durchläuft: beginnend mit der Entwicklungsphase über die Wachstumsphase zur Reifephase. Während in den ersten zwei Phasen der Innovator auf Grund seines technischen Vorsprungs ein Quasi-Monopol hat, ist in der Reifephase die Technik allgemein zugänglich geworden. Das Produkt wie der Produktionsprozeß sind standardisiert, so daß vorwiegend ungelernete und angelernte Arbeitskräfte benötigt werden. Deshalb haben die Niedriglohnländer, soweit nicht hoher Kapitalbedarf diesen Vorteilen entgegenwirkt, vor allem bei solchen ausgereiften Standardprodukten komparative Vorteile. In diesen theoretischen Überlegungen wird allerdings nicht berücksichtigt, daß mögliche Kostenvorteile nicht immer ausgenutzt werden oder werden können: Die allgemeine politische Situation, Existenz und Art von Verkaufsorganisationen, entsprechende Managementunternehmungen bzw. Engagement multinationaler Unternehmungen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Die auf Grund sehr allgemeiner Überlegungen gewon-

⁴⁾ *D. Ricardo*: On the Principles of Political Economy and Taxation, London, 1817, siehe auch *R. M. Hartwell*: Penguin Classics Books, Harmondsworth, 1971.

⁵⁾ Ursache für die unterschiedliche Arbeitsproduktivität sind Unterschiede der "natürlichen" Bedingungen in den einzelnen Ländern. Die Ricardianische Theorie erklärt daher vorwiegend den Handel mit rohstoffintensiven Produkten, der nicht Gegenstand dieser Arbeit ist.

⁶⁾ *E. Heckscher*: The Effect of Foreign Trade on the Distribution of Income, *Economisk Tidskrift*, Bd. 21, Stockholm, 1919.

⁷⁾ *B. Ohlin*: *Interregional and International Trade*, Cambridge Mass., 1933.

⁸⁾ Von den Vertretern der Neo-Faktorproportionentheorie werden z. B. identische Herstellungsverfahren in allen Ländern angenommen, einzige Ursache für Kostenunterschiede sind die unterschiedlichen Faktorpreisverhältnisse. Die Vertreter der Technologiehypothese nehmen hingegen, wie *Ricardo*, unterschiedliche Produktionsfunktionen an, nur daß nicht natürliche Bedingungen, sondern unterschiedlicher technischer Fortschritt als Ursache für die unterschiedliche Arbeitsproduktivität in den verschiedenen Ländern angesehen wird.

⁹⁾ Siehe z. B. *S. Hirsch*: *Location of Industry and International Competitiveness*, Clarendon Press, Oxford, 1967.

Sucharbeitslosigkeit verringert). Sobald die erwartete Inflation mit der tatsächlichen wieder übereinstimmt, fällt die Arbeitslosenrate wieder auf ihr anfängliches (von *Friedman* als "natürlich" bezeichnetes) Niveau zurück.

Eine zweite Erklärung für das Obsoletwerden der Phillips-Kurve liegt im kollektiven Gewerkschaftsverhalten. Der Bargaining-Prozeß zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden spielt eine wichtige Rolle für die Nominallohnbildung. Die relative Autonomie der Gewerkschaften kann zu Abweichungen vom Marktmodell führen.

Eine dritte Erklärung für das Verschwinden der Phillips-Kurve setzt bei den exogenen Preisschocks bzw. den in der Phillips-Kurve vernachlässigten Rohstoffkosten an. Seit der ersten Erdölpreiskrise 1973/74 sind die Einflüsse des importierten Kostendrucks immer bedeutender für die Binneninflation geworden. Die importierte Inflation hat damit die modifizierte Phillips-Kurve und über Reallohnforderungen auch die ursprüngliche Phillips-Kurve obsolet gemacht; Preise und Löhne ziehen auch bei steigender Arbeitslosigkeit an.

Phasen der Nachkriegsentwicklung

Man kann die internationale Nachkriegsentwicklung vereinfachend in *drei Phasen* einteilen:

Phase I kann man datieren mit den fünfziger Jahren, mit nachkriegsbedingt hoher Arbeitslosigkeit und exogenen Preisschocks durch den Korea-Krieg (1950 bis 1953). In den fünfziger Jahren gab es in den meisten Ländern eine (negativ geneigte) Phillips-Kurve. *Phase II* umfaßt die sechziger Jahre mit dem Übergang zur Vollbeschäftigung. Auch in dieser Phase ergab sich in vielen Ländern noch eine Phillips-Kurve. Die Schwankungen der Arbeitslosenraten bleiben auf ein schmales Band beschränkt. Im Gegensatz zu Phase I waren die Preis- und Lohnschwankungen relativ stark. Gegen Ende der sechziger Jahre führte dann die Konstellation mehrerer Ereignisse zu einer Beschleunigung der Weltinflation. Die spontanen Lohnsteigerungen 1968 und 1970 gehen vermutlich auf außerökonomische Faktoren wie den ständigen Verteilungskampf, verstärkt durch die revolutionären Ereignisse vom Mai 1968 in Frankreich und den heißen Sommer 1969 in Italien zurück⁶⁾. Zudem führte der Vietnamkrieg (1965 bis 1973), der anfangs nicht über Steuern, sondern über die Vermehrung der Geldmenge in den USA finanziert wurde, durch das Fix-Kurs-System von *Bretton-Woods* zu einer Beschleunigung der Weltinflation.

Phase III fällt in die siebziger Jahre und ist gekennzeichnet durch die kräftigsten exogenen Preisschocks (1973/74 erste und 1979/80 zweite Erdölpreiskrise) und die schwerste Nachkriegsrezession 1975. In dieser Phase ist praktisch in allen Ländern (außer Österreich) die Phillips-Kurve obsolet geworden. Die Beziehung Inflation/Arbeitslosigkeit vollführte auch die größten im Uhrzeigersinn verlaufenden Schleifen. Ein konjunktureller Zyklus — zuerst Inflation, dann Deflation — erzeugt generell solche Schleifen. Sie sind auch in den gezeichneten Phillips-Kurven aller Länder im Umkreis von Rezessionen anzutreffen. Diese Schleifen fallen umso größer aus, je tiefer die Rezession ist⁷⁾. 1974/75 war die schwerste (nicht vorhergesehene) Rezession, und dementsprechend war auch die Anpassung von Löhnen und Preisen viel langsamer als die Mengenreaktionen (die Produktion ging in allen Ländern absolut zurück, die Arbeitslosigkeit vergrößerte sich in den meisten Ländern im Ausmaß wie in den fünfziger Jahren oder noch stärker). Vier Jahre nach der Inflationsrezession oder Stagflation ist in den meisten Ländern eine Rückkehr zu niedrigeren Lohn-/Inflationszuwächsen bei gleichbleibender bis höherer Arbeitslosigkeit als im Rezessionsjahr 1975 festzustellen. Mit ganz wenigen Ausnahmen (USA, BRD, Norwegen, Österreich) wurde in den Jahren nach 1975 die Arbeitslosenrate des Rezessionsjahres 1975 unterschritten.

Österreich hat im internationalen Vergleich die "schönste" Phillips-Kurve

Zeichnet man für einige Länder Phillips-Kurven (Zusammenhang zwischen Inflationsrate, gemessen an der relativen Veränderung des Verbraucherpreisindex, und Arbeitslosenrate) auf Grund offizieller statistischer Quellen (OECD, EG, Österreichisches Statistisches Zentralamt), so ergibt sich folgendes Bild: Es gibt sehr wenige Länder mit einer negativ geneigten Phillips-Kurve für den gesamten Untersuchungszeitraum (1955 bis 1978). Interessanterweise ist kein großes OECD-Land darunter, sondern nur kleine Länder wie Norwegen und Schweden. Am ausgeprägtesten scheint die Phillips-Kurve jedoch in Österreich zu sein. Dieser optische Eindruck, daß Österreich die "schönste" Phillips-Kurve aufweist, läßt sich auch durch Daten belegen. In Übersicht 1 wurden für sieben große Länder und für Österreich die Inflationsrate und die Arbeitslosenrate in Fünfjahresperioden zusammengefaßt gegenübergestellt. Im Vergleich der ersten Fünfjahresperiode (1956 bis 1960) mit der zweiten (1960 bis 1965) traf nur in Großbritannien steigende Inflation mit steigender Arbeits-

⁶⁾ Siehe *N. Kaldor*, Inflation and Recession in the World Economy, *The Economic Journal*, Vol. 86, No. 334, December 1976.

⁷⁾ Eine genaue theoretische Begründung von Schleifen, siehe *R. Barro — H. Grossman*, a. a. O. p. 210.

fig Erstmals seit 1974/75 arbeiteten auch wieder mehr Österreicher im Ausland, insbesondere in der BRD (im Juni gegenüber dem Vorjahr +8 500). In den westlichen Bundesländern dürfte diese Entwicklung einen merklichen Beitrag zum Ausgleich von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage geleistet haben. In Ostösterreich war die regionale Arbeitsmarktsituation durch die Schwäche des *Wiener* Arbeitsmarktes gekennzeichnet (Beschäftigte -8 900 oder -1,1%), der seine bisherige Funktion, Arbeitskräfte aus anderen Bundesländern aufzunehmen, nicht erfüllen konnte

Übersicht 1

Entwicklung der Beschäftigung¹⁾

	Unselbständig Beschäftigte Ø 1979	Veränderung 1978/79	
		absolut	in %
Wien	777 400	-8 900	-1,1
Niederösterreich	434 400	5 800	+1,3
Burgenland	61 500	1 200	+2,0
Steiermark	398 600	3 800	+1,0
Kärnten	173 200	4 600	+2,7
Oberösterreich	448 900	6 600	+1,5
Salzburg	175 600	2 500	+1,4
Tirol	203 500	3 000	+1,5
Vorarlberg	114 800	1 700	+1,5
Österreich	2 777 900	20 200	+0,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger - ¹⁾ Der Stand der unselbständig Beschäftigten war nach einer statistischen Änderung Mitte 1979 nicht unmittelbar mit dem Vorjahr vergleichbar. In den dargestellten Ergebnissen wird dies durch Korrekturen berücksichtigt; Werten einzelner Bundesländer ist allerdings beschränkte Validität beizumessen

Dies wurde besonders in *Kärnten* und ab der zweiten Jahreshälfte auch in *Niederösterreich* durch die eigene Beschäftigungsdynamik weitgehend kompensiert. In der Steiermark allerdings deutet eine Gegenüberstellung des geschätzten Arbeitskräfteangebotes mit der tatsächlichen Entwicklung von unselbständig Beschäftigten, Arbeitslosen und Ausländern auf eine weitere Zunahme der stillen Arbeitskraftreserven hin, auch wenn sich die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 900 verringert hat. Im allgemeinen hat der demographisch bedingte Angebotszuwachs in Ostösterreich schon 1978 seinen Höhepunkt erreicht, in Westösterreich wurde 1979 die Spitze überschritten. Auch in den nächsten Jahren ist noch mit merklichen Angebotszuwachsen zu rechnen, sie werden sich jedoch voraussichtlich von Jahr zu Jahr abschwächen. Für die im Zusammenhang mit bestimmten Großprojekten erwartete Belebung der Arbeitskräftenachfrage in Wien steht daher auch für die nächsten Jahre ein nennenswertes inländisches Zuwanderungspotential zur Verfügung

Die Unterschiede in der Beschäftigungsdynamik zwischen den Bundesländern wurden 1979 sehr stark

durch regionalspezifische Faktoren und nur zum geringen Teil durch die Wirtschaftsstruktur bestimmt. Dies gilt nicht nur für die schwache Dynamik Wiens, sondern in positiver Hinsicht auch für Niederösterreich, wo trotz des relativ starken Gewichtes der insgesamt schrumpfenden Industrie und Bauwirtschaft 1979 die Beschäftigung überdurchschnittlich wuchs. Im *Burgenland* hielt die überdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung ebenfalls an (+2,0%). In *Oberösterreich* erhöhte die Industrie entgegen der allgemeinen Tendenz ihren Beschäftigtenstand um 1,2%, und auch der Dienstleistungsbereich expandierte überproportional (+3,3%)

Übersicht 2

Strukturelle und regionsspezifische Komponente¹⁾ der Beschäftigungsentwicklung in den Bundesländern

	Regionalfaktor		Strukturfaktor		Standortfaktor	
	1978	1979	1979	1979	1979	1979
Wien	0,990	0,984	1,002	0,982		
Niederösterreich	1,005	1,007	0,998	1,010		
Burgenland	1,010	1,000	0,996	1,003		
Steiermark	0,996	1,002	0,998	1,004		
Kärnten	0,997	1,001	0,999	1,002		
Oberösterreich	1,008	1,011	1,000	1,010		
Salzburg	0,988	1,003	1,001	1,002		
Tirol	1,013	1,005	1,003	1,002		
Vorarlberg	1,027	1,016	1,000	1,016		

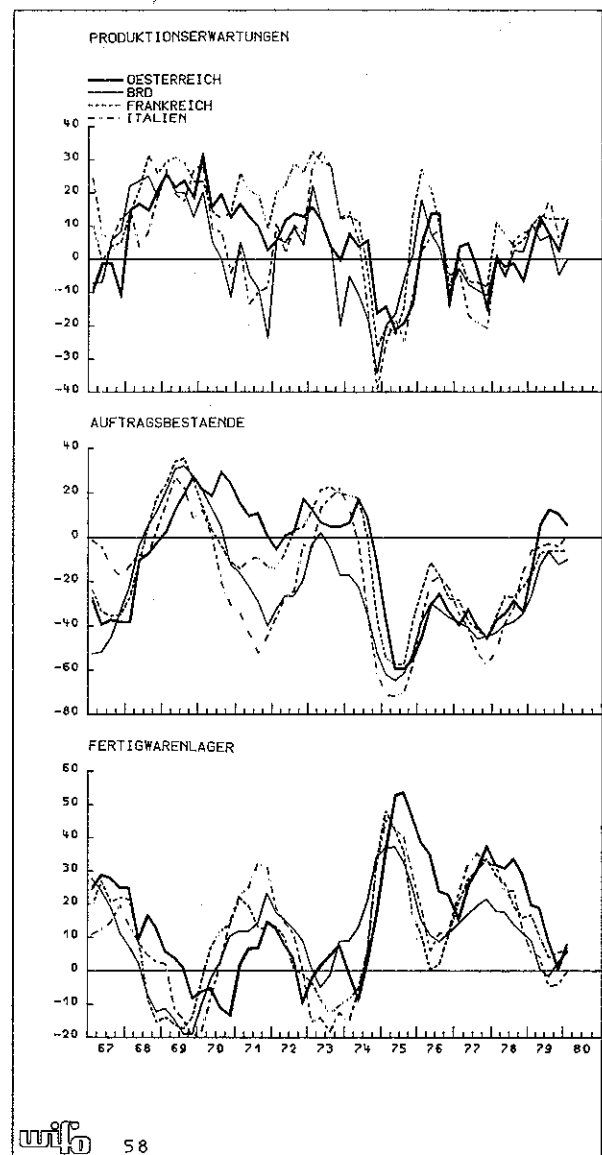
Q: Branchengliederung nach der Grundzählung (Julihebung) des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger - ¹⁾ Der Regionalfaktor ist der Index der Beschäftigungsveränderung gegen das Vorjahr dividiert durch den gesamtösterreichischen Veränderungsindex; er beschreibt somit über- oder unterdurchschnittliche regionale Dynamik. Der Strukturfaktor drückt die branchenspezifische Komponente (auf Grund der 26 Branchen der Grundzählung) der so dargestellten Dynamik aus. Der Standortfaktor beschreibt die strukturbereinigte über- oder unterdurchschnittliche regionale Dynamik. Das Produkt aus Struktur- und Standortfaktor ergibt den Regionalfaktor

In den drei westlichen Bundesländern unterschied sich der Beschäftigtenzuwachs des Jahres 1979 nur wenig von jenem im Jahr zuvor; die Zuwächse lagen im Jahresdurchschnitt zwischen 1,4% und 1,5%. In *Salzburg* ging diese Entwicklung hauptsächlich auf den Dienstleistungssektor zurück; die Beschäftigung in der Industrie stagniert (+0,2% gegenüber dem Vorjahr). In *Tirol* (+2,8%) und in *Vorarlberg* (+1,8%) wurde die Zahl der Industriebeschäftigten überdurchschnittlich ausgeweitet, im Dienstleistungssektor traf dies vor allem für den Handel und das Fremdenverkehrsgewerbe zu

Abbau der Ausländerbeschäftigung erhöht Saisonarbeitslosigkeit außerhalb der Ballungsgebiete

Der Abbau ausländischer Arbeitskräfte (-6.100 oder -3,5%) setzte sich 1979 fort; der Durchschnittsstand von 170.600 war der niedrigste seit 1972. Die rückläufige Tendenz hat sich allerdings im Jahresverlauf

Abbildung 1

Konjunkturtest der Industrie¹⁾

Q: EG-Kommission: Schaubilder und Kurzkommentare zur Konjunktur in der Gemeinschaft; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung — ¹⁾ Salden zwischen den optimistischen (+) und pessimistischen (–) Unternehmerantworten

Die Aussichten für 1980 sind trotz stabiler Konjunktur zu Jahresanfang eher ungünstig. Vor allem von der zweifachen sprunghaften Verteuerung des Rohöls im Vorjahr (zuletzt im Dezember auf der OPEC-Konferenz in Caracas), doch auch von der vielfach restriktiver gewordenen Geld- und Fiskalpolitik gehen starke deflationäre Impulse aus, die das Wirtschaftswachstum der Industrieländer fühlbar schwächen werden. Allerdings ist derzeit noch weitgehend unsicher, in welchem Ausmaß und mit welchem zeitlichen Profil diese Abschwächung eintreten wird. Unsicher sind einerseits das weitere Verhalten von Konsumenten und Investoren, andererseits die Reaktion der Lohnpolitik auf den realen Kaufkraftabzug aus den Industrieländern, die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik und schließlich die Importnachfrage der OPEC-Länder sowie die weitere Preisentwicklung und Versorgungslage im Erdölbereich.

Auf die Ähnlichkeit der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage mit jener des Jahres 1974 wurde schon mehrfach hingewiesen¹⁾. Sie wurde durch die OPEC-Beschlüsse von Caracas noch insofern verstärkt, als dadurch 1979 das relative Ausmaß der Ölverteuerung im Vergleich zum Brutto-Nationalprodukt jenes von 1974 annähernd erreichte. Allerdings gibt es auch eine Reihe bedeutender Unterschiede, so vor allem in der Reaktion der privaten Nachfrage und — zumindest vorerst — der Lohnpolitik. Darauf gestützt herrschte sowohl auf der Frühjahrstagung der AIECE (Vereinigung der europäischen Konjunkturforschungsinstitute) als auch auf jener der OECD-Arbeitsgruppe für kurzfristige Prognosen im Mai die Auffassung vor, daß — möglicherweise mit Ausnahme der USA und Großbritanniens — trotz einer deutlichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im laufenden Jahr eine Rezession etwa im Ausmaß jener von 1974/75 eher unwahrscheinlich sei.

Die jüngsten Indikatoren weisen auf einen unterschiedlichen Konjunkturverlauf in den OECD-Ländern hin. In den USA hat die seit längerer Zeit erwartete Rezession eingesetzt: Die Industrieproduktion und die Einzelhandelsumsätze sind seit Februar rückläufig. In Japan und Westeuropa zeigte die Industriekonjunktur insgesamt feste Tendenz; die Auftragsbestände und Unternehmererwartungen deuten wohl auf eine Abschwächung des Wachstums in den nächsten Monaten hin, nicht jedoch auf ein rasches "Abreißen" der Konjunktur.

Wichtigste Stütze des Wirtschaftswachstums blieb in den ersten Monaten dieses Jahres der private Konsum, der vielfach zu Lasten der Ersparnisbildung ging. Die Investitionsnachfrage gab insgesamt etwas nach, in den USA und Großbritannien war sie absolut rückläufig. Trotz einer Verlangsamung blieb die Ex-

portnachfrage lebhaft, insbesondere jene aus den OPEC-Ländern. Etwa die Hälfte des zu erwartenden Wachstums der OECD-Länder im 1. Halbjahr 1980 entfällt auf den Außenbeitrag.

Unter dem Einfluß des deflationären Potentials in der Weltwirtschaft — Erdölverteuerung, restriktive Geld- und Fiskalpolitik — ist im 2. Halbjahr 1980 insgesamt ein Rückgang des Brutto-Nationalprodukts in der OECD zu erwarten. In der ersten Jahreshälfte 1981 könnte eine Erholung und ein Einschwenken auf einen mäßigen Expansionspfad folgen. Der terms-of-trade-Verlust infolge Rohstoff- und Erdölpreishauses seit Ende 1978 wird in diesem Zeitraum allmählich auf die Endverbraucherpreise durchschlagen. Simula-

¹⁾ Siehe den letzten Bericht des Instituts über die Konjunktur in den westlichen Industriestaaten, Monatsberichte 11/1979

zu vermeiden, eine Bereitstellungsprovision für revolving ausnützbares Kreditrahmen vereinbart. Mit dem zweiten Zusatzabkommen zum Eckzinsabkommen wurde der Eckzinssatz mit Wirkung vom 1. April 1980 von 4% auf 5% erhöht. Im zweiten Zusatzabkommen zum Habenzinsabkommen wurden gleichzeitig die übrigen Einlagenzinssätze an das erhöhte Rentenzinsniveau angepaßt. Das Habenzinsabkommen wurde inzwischen vom Bankenverband per 1. Juli 1980 gekündigt.

Stabilisierung der "Kaufkraftparität" als Ziel der Wechselkurspolitik

Seit Mitte des vergangenen Jahres trachtet die österreichische Wechselkurspolitik, den realen effektiven Wechselkurs zu stabilisieren. Es wurde seither versucht, die nominelle Kursgestaltung auf die Inflationsdifferenz zum Ausland abzustellen und die internationale Wettbewerbsposition der österreichischen Produzenten durch die Wechselkurspolitik im gesamten gesehen nicht zu beeinflussen. Gleichzeitig konnte auf Grund dieser Politik wegen der relativ niedrigen Inflationsrate in Österreich der Wert des nominellen effektiven Wechselkurses erhöht werden, wodurch insbesondere die "Erdölrechnung" (für die in Auslandswährung fakturierten Erdölimporte) günstig beeinflusst wurde. Gemessen an der D-Mark brachte diese Politik eine Wertsteigerung des Schillings zwischen Juni 1979 und Mai 1980 um 3,2%. In diese Zeit fiel auch die Spekulationswelle gegen den US-Dollar. Gegenüber dieser Währung stieg der Wert des Schillings zwischen Juni 1979 und Jänner 1980 um beinahe 12%, fiel dann bis April um 7½% und ist bis Mitte Juni um einen großen Teil dieses Betrages wieder gestiegen. Da die Währungsbehörden diese kurzfristigen Schwankungen nicht durch eine gegenläufige Bewegung im Kursverhältnis zur D-Mark kompensierten, schwankte in dieser Zeit auch der effektive Wechselkurs kräftig. Im April 1980 lag er real um etwa 1% unter dem Durchschnittswert des Vorjahres.

Zahlungsbilanzdefizit verdoppelt

In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug das kumulierte Defizit der *Leistungsbilanz* 15,6 Mrd. S; es war damit mehr als doppelt so hoch wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Atempause, die die Wirtschaftspolitik nach den Maßnahmen des Jahres 1977 auf außenwirtschaftlichem Gebiet erhielt, dürfte bei Fortdauer der gegenwärtigen Passivierungstendenz zu Ende gehen. Zwar hat sich die Leistungsbilanz schon bald nach dem Auftreten der Nachfragerückgang zu Jahresbeginn 1978 tendenziell wieder verschlechtert, doch überdeckte die günstige Exportsituation

Zahlungsbilanz¹⁾

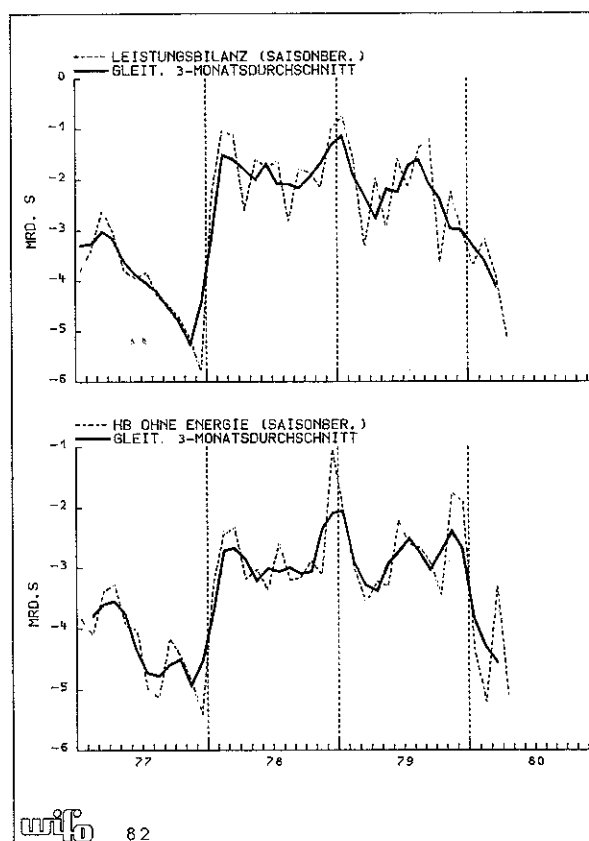
	1978	Jänner bis April 1979	1980
		Mill. S	
Handelsbilanz ²⁾	- 17 684	- 18 235	- 30 003
Reiseverkehr	+ 10 459	+ 11 131	+ 13 518
Kapitalerträge	- 1 997	- 2 451	- 1 856
Sonstige Dienstleistungen	+ 1 626	+ 1 829	+ 2 398
Bilanz der Transferleistungen	+ 340	+ 216	+ 357
Bilanz der laufenden Transaktionen	- 7 257	- 7 509	- 15 585
Statistische Differenz	+ 5 968	+ 3 774	+ 10 084
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 7 483	- 2 140	- 4 216
Kurzfristiger nichtmonetärer Kapitalverkehr	- 387	- 243	- 102
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditunternehmen	- 6 266	- 8 715	+ 7 072
Reserveschöpfung ³⁾	- 417	+ 1 490	+ 1 275
Veränderung der offiziellen Währungsreserven	- 875	- 13 342	- 1 472

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Einschließlich der nichtmonetären Goldtransaktionen Transitgeschäfte und Adjustierungen. — ³⁾ Sonderziehungsrechte, Bewertungsänderungen, Monetisierung von Gold.

diese Entwicklung. Seit Herbst 1979 aber hat das Leistungsbilanzdefizit rapid zugenommen und stieg im April auf einen (saisonbereinigten) Monatswert von 5 Mrd. S; eine Größenordnung, die bisher nur in den durch die Vorzieheffekte belasteten Monaten zu Jahresende 1977 erreicht wurde.

Eine Zerlegung nach Teilbilanzen zeigt zwar, daß die *Handelsbilanz* ohne Energie und Energieprodukte

Entwicklung der Leistungs- und Handelsbilanz



der Verzinsung von Eigen- und Fremdkapital unterschieden, d. h. die Frage, wie das Kapital aufgebracht wurde und wem die Erträge zufließen (Aktionären bzw. Banken und anderen Fremdkapitalgebern), ist für die Errechnung der Gesamtkapitalrenditen uninteressant. Die Industrie-AGs werden also als Einheit aufgefaßt, gleichzeitig auch als ideelles Gesamtunternehmen, d. h. die einzelnen Bilanzgrößen und Gewinn- und Verlustrechnungsgrößen werden vor Errechnung des Gewinnes (der Renditen) saldiert. Als Kapitalerhaltungskonzept wird die Legitimität der Erhaltung der Produktivkraft der Unternehmungen postuliert, die sich in der Fähigkeit ausdrückt, verbrauchte Vermögensbestandteile (Anlage- und Umlaufvermögen) und eventuell auch das zur Betriebsführung notwendige Nettogeldvermögen wiederzubeschaffen. Damit sind Ausmaß und Richtung der notwendigen Inflationsbereinigung vorgegeben. Erst in zweiter Linie werden auch Eigenkapitalgewinne und -renditen untersucht.

Grundsätzlich wird die notwendige Bereinigung von Inflationseffekten so vorgenommen, daß die jeweiligen Bilanzansätze (Anlage- und Umlaufvermögen) neu berechnet werden, und zwar jeweils zu laufenden Preisen. Der aus dem Bilanzvergleich zweier Perioden hervorgehende Überschuß bzw. der aus der Gewinn- und Verlustrechnung entstehende Überschuß aus Erlösen und Aufwendungen ist dann zu gleichen Einheiten bewertet, nämlich zu laufenden Preisen. Wichtig ist hierbei, daß nach dem hier verwendeten Konzept die Wiederbeschaffungswerte der Anlage- und Umlaufgüter durch produktgruppenspezifische Preisindizes angenähert werden. Nur dadurch wird die Wiederbeschaffung der einzelnen Produktionsinputs garantiert. Eine Alternative, die auch in einigen Vorschlägen zum "inflation accounting" aufscheint, ist die Bewertung aller Vermögensbestandteile mit einem einzigen Index, etwa dem Deflator des Bruttoinlandsproduktes oder dem Index der Verbraucherpreise. Dieser Ansatz, der im Gegensatz zum gewählten Wiederbeschaffungsansatz eine Kaufkrafterhaltung der eingesetzten Vermögensteile anstrebt, nimmt auf etwaige relative Preisänderung der einzelnen Vermögensbestandteile nicht Rücksicht, läßt daher die Steuerungsfunktion von relativen Preisänderungen, die durch unterschiedliche Preissteigerungen entstehen, außer acht. Steigen die Preise der Investitions- und/oder der Lagergüter stärker als der allgemeine Deflator (Verbraucherpreisindex oder BIP-Deflator), wird nach dieser Berechnungsmethode ein höherer Unternehmensgewinn ausgewiesen als bei der in dieser Untersuchung angewendeten Methode, da die nicht realisierten Kapitalerträge (capital gains), die definiert sind als Wertsteigerung der Kapitalgüter relativ zu einem Konsumgüterbündel bzw. zu allen produzierten Gütern der Volkswirtschaft, als Teil des Unternehmensgewinnes gezählt werden.

Für die Kaufkrafterhaltungsmethode spricht die leichtere Handhabung, da sie nur einen einzigen Preisindex für alle Produkte erfordert. Die Wiederbeschaffung der verbrauchten Vermögensbestandteile kann jedoch nur dann garantiert werden, wenn im Extrem für jedes verbrauchte Produkt der für jedes einzelne Unternehmen geltende Preisindex eingesetzt wird. In der Praxis ist dies natürlich nicht möglich; man muß sich daher mit gruppenspezifischen Preisindizes behelfen. Aus Gründen des Wiederbeschaffungspostulats wird somit hier die Inflationsbereinigung mit spezifischen Preisindizes durchgeführt. Würde man allerdings primär eine reale Eigenkapitalrendite errechnen wollen, um sie etwa mit Finanzvermögensverzinsungen zu vergleichen, wäre die Kaufkrafterhaltungsmethode eher am Platz.

Ausmaß der inflationsbedingten Bereinigung

Nach den in Österreich geltenden Bewertungsregeln werden Güter des Anlagevermögens mit ihrem Anschaffungswert in die Bilanz eingesetzt, ebenso die Güter des Vorratsvermögens. Ist der jeweilige Tagespreis niedriger, muß er angewendet werden (strenges Niederstwertprinzip). Für beide Vermögensteile gilt, daß hier in Zeiten steigender Preise Scheingewinnkomponenten enthalten sind, die es zu eliminieren gilt. Eine weitere, in der Literatur stark umstrittene Scheingewinnkomponente kann auch im Nettogeldvermögen gesehen werden, das sind jene liquiden Vermögensbestandteile, die zum laufenden Betrieb ebenso notwendig sind wie Maschinen und Vorproduktelager. Dieses Nettogeldvermögen setzt sich aus liquiden Mitteln und kurzfristigen Forderungen abzüglich der kurzfristigen Schulden wie Lieferantenkredite, Wechsel u. ä. zusammen. Nimmt man an, daß eine solche Nettogeldposition notwendig ist, so entstehen auch hier in Zeiten steigender Preise Scheingewinne, da dann der real zu erhaltende Wert dieser Position sinkt. Aus bilanzlogischen Gründen ist es jedoch problematisch, diese Position einzubeziehen, da man hier (im Gegensatz zu den anderen Positionen) nicht nur auf der Aktivseite, sondern teilweise auch auf der Passivseite bereinigt. Quantitativ gesehen ist dieser Scheingewinnbestandteil relativ unwichtig, sodaß es gerechtfertigt scheint, ihn in der gesamten Scheingewinnproblematik eher subsidiär zu behandeln, wenn auch Konsistenzgründe dafür sprechen, ihn einzubeziehen.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß für Kapitaleigner Scheingewinne nur bei eigenfinanzierten Vermögensbestandteilen entstehen können, da bei fremdfinanzierten Bestandteilen der Betrag, der durch die höheren Preise für die Inputs bereitgestellt ist, genau jenem entspricht, um den sich die nominelle Schuld durch die Geldentwertung verringert.

Übersicht 2

Industrieinvestitionen 1978 bis 1980
(Nominell und real)

		1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1980 ²⁾
Nominell	Mill S	28 011	28 000	33 800
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 0,6	- 0	+ 20½
Real zu Preisen 1964	Mill S	15 816	15 046	17 166
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	- 3,0	- 5	+ 14

¹⁾ Endgültige Zahlen — ²⁾ Schätzung aus Unternehmerangaben unter Berücksichtigung des Revisionsverhaltens

zung werden nominelle Investitionen von 33,8 Mrd S (+ 20½%) erreicht werden (real + 14%). Trotz dieses optisch steilen Anstiegs liegen die Investitionen real noch um 5% unter dem Ergebnis von 1972, und die Investitionsquote wird nur 6,2% erreichen.

Der Anstieg der Investitionen war selbst in diesem Ausmaß aus drei Gründen zu erwarten: Erstens sprach dafür der Nachholbedarf aus den letzten Jahren, zweitens die im Vorjahr stark verbesserte Ertragslage und drittens das Erreichen der Normalauslastung der Kapazitäten im Jahr 1979.

Der Kapazitätseffekt der Investitionen ist nach den vorangegangenen schwachen Jahrgängen auch 1979 noch niedrig. Während das Produktionspotential in den fünfziger und sechziger Jahren jährlich um 5% bis 6% gestiegen war, sind es nun nur noch knapp 3%. Neben der geringen Höhe der Investitionen dürfte dazu auch ein höherer Aufwand für nicht unmittelbar produktive Investitionen beigetragen haben.

International ruhiges Investitionswachstum 1979 und 1980

Die Investitionen im Ausland wachsen in den letzten Jahren regelmäßiger, allerdings war dort auch der Rückgang der Investitionsbereitschaft der Industrie Mitte der siebziger Jahre stärker gewesen.

Die realen Industrieinvestitionen in der BRD stiegen

1979 um 11% (nominell +15%) und werden heuer voraussichtlich um weitere 10% (preisbereinigt) zunehmen¹⁾. Der Wiederanstieg der Investitionen seit der Krise im Jahr 1975 ist kontinuierlich verlaufen, doch liegt die Investitionsquote mit 4,3% (1979 im Verarbeitenden Gewerbe) deutlich niedriger als in Österreich. Auch hat das Investitionsvolumen noch immer nicht das reale Niveau von 1970 erreicht (Österreich +27% in der Periode 1970 bis 1980).

Auch für den Bereich der Europäischen Gemeinschaften wurde sowohl 1979 als auch 1980 ein realer Zuwachs der Investitionen gemeldet. Im Vorjahr betrug er 4%, heuer ist ebenfalls ein realer Zuwachs von 4% geplant²⁾. Die Investitionen liegen damit 1980 noch geringfügig unter dem 1970 erreichten Wert, aber um 14% höher als im Tiefpunkt 1975.

Trendbruch im Lagerverhalten

Einer der größten Einsparungseffekte entstand in den letzten Jahrzehnten durch die Rationalisierung der Lagerhaltung. Die industrielle Lagerquote (Lagerbestand in Prozent des Umsatzes) fiel von einem Wert von 30,3% im Jahr 1955 auf 20,2% im Jahr 1972. Die freigesetzten Kapitalmengen betrugen somit rund 10% des Umsatzes (also rund 25 Mrd S). Im Gefolge der turbulenten Entwicklung nach der Erdölkrise ergab sich eine Trendumkehr: 1979 erreichte die Lagerquote wieder 23,4%. Diese neue Tendenz dürfte mittelfristig sein, sie ist auch in der BRD festzustellen. Gegen einen konjunkturell bedingten Aufbau spricht, daß die Lager niedriger waren als im Vorjahr und auch von den Unternehmen nicht als überhöht empfunden werden. Die mittelfristige Trendumkehr bindet Finanzierungsmittel zwischen 15 Mrd S (wenn man die Lagerquote 1972 für "normal" hält) und 25 Mrd S (wenn

¹⁾ IFO-Schnelldienst 16/1980

²⁾ Unterlagen zum Euro-Invest-Programm wurden vom IFO-Institut zur Verfügung gestellt (ohne Niederlande und Belgien)

Übersicht 3

Revision der Investitionspläne

	1974	1975	1976	Erhebungszeitraum 1977 Mill S	1978	1979	1980
Herbst 1973	21 871						
Frühjahr 1974	24 010						
Herbst 1974	23 462	22 413					
Frühjahr 1975	24 193	21 645					
Herbst 1975		20 513	20 734				
Frühjahr 1976	25 013	21 224	22 764				
Herbst 1976			21 289	25 337			
Frühjahr 1977		21 509	23 356	29 514			
Herbst 1977				26 286	27 186		
Frühjahr 1978			22 775	27 492	29 386		
Herbst 1978					26 730	24 957	
Frühjahr 1979				27 836	27 196	27 109	
Herbst 1979						27 301	30 240
Frühjahr 1980					28 011	27 408	33 067

Auftragslage vor allem im Vorproduktbereich (Stahl) hin.

Die Diagnose der internationalen Konjunktur wurde durch Meldungen von beachtlichen Aufwärtsbewegungen in den USA und teilweise auch in Westeuropa während des Sommers irritiert. In manchen Kommentaren wurde bereits der untere Wendepunkt der Konjunktur angenommen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Wirtschaftspolitik generell wenig auf antizyklische Kompensation der Nachfrageausfälle eingestellt ist und daher ebenso wie aus wahlaktischen Gründen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland positive Meldungen besonders willkommen erscheinen.

Eine sorgfältige Analyse dieser positiven Daten zeigt, daß sie zum Teil auf den Wegfall temporärer, die Produktion behindernder Einflüsse in den Monaten April und Mai zurückgehen (Kreditrestriktionen in den USA, geringe Zahl an Arbeitstagen, Automobilarbeiterstreik in Großbritannien) und damit ein günstigeres Bild der Entwicklung erscheinen lassen, als den eigentlichen konjunkturellen Kräften entspricht. Im Widerspruch zum offiziellen Optimismus steht auch, daß sich die Einschätzung der Lage in der europäischen Industrie im Sommer noch deutlich verschlechtert hat.

Tatsächlich deutet wenig auf eine rasche Fortsetzung der Aufwärtsbewegung hin: In den meisten Ländern orientiert sich die Politik überwiegend am Ziel der mittelfristigen Sanierung der Leistungsbilanz und der weiteren Stabilisierung des Preisniveaus und nimmt dabei beachtliche Zuwächse an Arbeitslosigkeit in Kauf. Die für 1981 angekündigten konjunkturstützenden Maßnahmen (Steuererleichterungen, vermehrte Staatsaufträge, Lockerung der Geldpolitik) können noch nicht wirksam sein. Die Beschränkung der Kaufkraft der Haushalte und das hohe Zinsniveau halten hingegen an.

Neben einer optimistischen Perspektive, die die Anzeichen einer Erholung im Sommer extrapoliert, gibt es eine pessimistische, die davon ausgeht, daß stärkere Investitionskürzungen und Lageranpassungen im Unternehmenssektor noch bevorstehen und einen weiteren rezessiven Einbruch bewirken. Gegensteuernde Maßnahmen der Wirtschaftspolitik kämen in einer solchen Situation möglicherweise zu spät.

Die vorliegende Prognose schließt sich weder der geschilderten optimistischen noch der sehr pessimistischen Konjunkturperspektive an. Sie erwartet, daß die Investitionsnachfrage des Unternehmenssektors in den Industrieländern in diesem Jahr, gestützt auf eine noch relativ zufriedenstellende Ertragslage, nicht mehr wesentlich eingeschränkt wird. Allmählich wird der Rückgang der Inflation die Einkommenssituation der Haushalte verbessern, eine Lockerung der Geldpolitik, insbesondere der Hochzinspolitik, wird Signale zum Durchfinanzieren der Investitionen setzen,

und fiskalische Effekte werden die Konjunktur zu stützen beginnen. Auch die kontraktive Wirkung der Terms-of-trade-Verschiebung zugunsten der OPEC wird allmählich nachlassen. All dies läßt jedoch in Einklang mit der mittelfristig orientierten politischen Grundhaltung in den wichtigsten Industrieländern keinen zügigen Aufschwung erwarten.

Die Konjunktur wird sich nach den Annahmen des Institutes im 2. Halbjahr 1980 in den westlichen Industrieländern etwa auf dem Niveau zu Jahresmitte stabilisieren und im Winter in einen zögernden Aufschwung übergehen. Eine Fehleinschätzung in der Richtung, daß die Möglichkeit des Anhaltens der Rezession ausgeschlossen wurde, ist wahrscheinlicher als ein überraschend kräftiger Aufschwung.

Die Annahmen lassen sich wie folgt quantifizieren:

Reales Brutto-Sozialprodukt
Veränderung gegen das Vorjahr in %

	1979	1980	1981
USA	+2,3	-3	0
BRD	+4,4	+2%	+ %
OECD-Total	+3,3	+ ½	+ 1
OECD-Europa	+3,4	+1%	+ %
Österreichische Exportmärkte in der OECD ¹⁾	+3,6	+1%	+ %

¹⁾ Wachstum des Brutto-Sozialproduktes gewogen mit österreichischen Exportanteilen

Zur Situation in Österreich

Auch in Österreich begann sich die Konjunktur vor dem Sommer zu verschlechtern. Die Dynamik der Exporte hatte sich schon seit Jahresanfang abgeschwächt, das Wachstum des privaten Konsums und die Baunachfrage verringerten sich im Laufe des Frühjahrs. Die Ausrüstungsinvestitionen sind hingegen kräftig gestiegen, und der massive Lageraufbau hielt auch im II. Quartal noch an. Das Niveau der Industrieproduktion lag saisonbereinigt zur Jahresmitte um rund 2% niedriger als im März. Von der Konjunkturverschlechterung waren bisher vor allem die Vorproduktindustrien (Stahl, Metalle, Gießereien) betroffen¹⁾.

Angesichts der durchschnittlich noch guten Kapazitätsauslastung und Beschäftigungslage geben der Wirtschaftspolitik in erster Linie die Zahlungsbilanz und die steigenden Inflationsraten Anlaß zu Besorgnis.

Die Lohn- und Gehaltsentwicklung, die großteils im Vorjahr, als die Inflationsraten noch um rund 3 Prozentpunkte geringer waren als jetzt, durch Tarifabschlüsse fixiert wurde, konnte mit der Inflationsbeschleunigung nicht ganz Schritt halten. Trotz nicht unbeträchtlicher positiver Lohndrift werden die Mas-

¹⁾ Eine ausführliche Darstellung der Wirtschaftslage in Österreich siehe "Quartalsbericht", in diesem Heft.

schen Mark, sondern eher an dem im WIFO-Wechselkursindex zusammengefaßten Bündel außenhandelsrelevanter Währungen. Die Schwäche der D-Mark innerhalb des EWS hatte daher zur Folge, daß der Schilling ihr gegenüber seit Jahresbeginn an Wert gewann. Der nominelle Wechselkursindex des Schillings nahm von Jänner bis August um weniger als $\frac{1}{2}\%$ zu. Real, d. h. bereinigt um die (außenhandelsgewogenen) Inflationsdifferenziale zwischen Österreich und seinen Handelspartnern, verringerte sich der Wechselkursindex im gleichen Zeitraum um rund 1%.

Deutliche Passivierung der Leistungsbilanz¹⁾

Die trendmäßige Passivierung der Leistungsbilanz war im Jahr 1978 durch wirtschaftspolitische Maßnahmen unterbrochen worden. 1979, als deren importdämpfende Wirkung bereits nachgelassen hatte, ließ nur die in diesem Maße nicht erwartete Expansion der Exporte das Leistungsbilanzproblem bis in den Herbst in den Hintergrund treten. Seither kann jedoch das Wachstum der Ausfuhr von Waren und Diensten mit jenem der Einfuhr nicht mehr Schritt halten. Seit Jahresbeginn 1980 verschärfte sich die Situation, weil sich im Zuge des internationalen Konjunkturabschwungs die Auslandsnachfrage nach österreichischen Exporten abschwächte. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lagen die kumulierten Exporte (einschließlich Warengold und Transit) daher um nur 11,3% über jenen der entsprechenden Vorjahresperiode, gegenüber einer Importsteigerung um 21,4%. Das ergab ein Handelsbilanzdefizit von 52,4 Mrd. S, um fast 20 Mrd. S mehr als 1979. Der Überschuß in der Reiseverkehrsbilanz erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 3,8 Mrd. S auf

24,6 Mrd. S. Der Zuwachs erklärt sich größtenteils aus den höheren Bruttoeinnahmen (+10,8%), da sich die Ausgaben der Österreicher im Ausland nur wenig veränderten (+2,6%). Die Kapitalertragsbilanz verzeichnete bei deutlich höheren Bruttoströmen mit 4,1 Mrd. S einen ähnlich hohen Abgang wie vor einem Jahr, die sonstigen Dienstleistungen brachten Nettomehreinnahmen von 0,4 Mrd. S. Insgesamt betrug das kumulierte Defizit der Leistungsbilanz von Jänner bis Juli 27,6 Mrd. S; es war damit mehr als doppelt so hoch wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Höhepunkt der Passivierung scheint im Mai erreicht worden zu sein. Im Juni und Juli ging das Defizit der Leistungsbilanz saisonbereinigt bereits wieder zurück.

Die umfangreichen Devisenabflüsse durch Leistungstransaktionen, die Schere zwischen dem Kreditbedarf des inländischen Nichtbankensektors und seiner Mittelaufbringung sowie die zurückhaltende Liquiditätsversorgung der Wirtschaft durch die Notenbank schufen eine hohe Nachfrage nach ausländischen Finanzmitteln. Bis April floß außerdem, vermutlich im Zusammenhang mit dem negativen Zinsdifferential zum Ausland, netto langfristiges Kapital ab. Seither hat sich jedoch die Richtung des Nettostromes gedreht, und die Zuflüsse von Mai bis Juli übertrafen den vorherigen Abfluß. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres ergab sich daher ein Nettozugang von 1,4 Mrd. S. Die Forderungen gegen das Ausland nahmen in dieser Periode netto um 15,6 Mrd. S (1979 11,3 Mrd. S) zu, die Auslandsanlagen in Österreich stiegen um 16,9 Mrd. S, verglichen mit 4,3 Mrd. S im Vorjahr. Allein der Kreditapparat brachte um 10 Mrd. S mehr langfristiges Kapital nach Österreich als vor einem Jahr. Auch im kurzfristigen Kapitalverkehr der Kreditunternehmen strömten beträchtli-

¹⁾ Siehe auch J. Stankovsky: Außenhandel, in diesem Heft

Zahlungsbilanz¹⁾

	1978	Jänner bis Juli 1979 Mill. S	1980
Handelsbilanz ²⁾	-29 571	-32 543	-52 408
Reiseverkehr	+20 277	+20 862	+24 618
Kapitalerträge	-3 969	-3 969	-4 057
Sonstige Dienstleistungen	+3 388	+3 300	+3 745
Bilanz der Transferleistungen		+737	+1 280
Bilanz der laufenden Transaktionen	-9 138	-11 070	-27 613
Statistische Differenz	+9 770	+9 602	+14 115
Langfristiger Kapitalverkehr	+14 304	-7 001	+1 356
Kurzfristiger nichtmonetärer Kapital- verkehr	-1 499	+364	-2 366
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditunternehmen	-4 466	-8 653	+16 707
Reserveschöpfung ³⁾		+647	+1 277
Veränderung der offiziellen Währungs- reserven	+9 617	-16 144	+3 477

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Einschließlich der nichtmonetären Goldtransaktionen, Transitzugänge und Adjustierungen. — ³⁾ Sonderziehungsrechte, Bewertungsänderungen, Monetisierung von Gold.

Langfristiger Kapitalverkehr¹⁾

	1979			1980		
	Ein- gänge	Aus- gänge	Saldo	Ein- gänge	Aus- gänge	Saldo
	II. Quartal Mill. S					
Forderungen						
Direktinvestitionen	42	272	-229	16	350	-332
Direktkredite	37	2 903	-2 867	319	3 298	-2 977
Ausländische festver- zinsliche Wertpapiere	1 109	2 216	-1 107	1 296	1 158	+137
Sonstige	1 329	755	+570	720	960	-239
Verpflichtungen						
Direktinvestitionen	936	246	+691	1 309	346	+962
Direktkredite	1 335	1 073	+262	3 719	1 524	+2 194
davon an öffentliche Stellen	221	579	-358	1 427	198	+1 229
Österreichische festver- zinsliche Wertpapiere	3 508	4 963	-1 455	6 558	3 543	+3 016
davon öffentliche Stel- len	1 205	758	+447	1 388	690	+699
Sonstige	573	812	-243	777	497	+281
Saldo	8 869	13 242	-4 373	14 715	11 675	+3 041

¹⁾ Vorläufige Zahlen, Rundungsfehler.

tung des Bundes zur Stagnation der realen Wertschöpfung beitragen.

Bundesvoranschlag 1981 leicht restriktiv

Der Bundesvoranschlag 1981 läßt erkennen, daß der Bund trotz der erwarteten Konjunkturabschwächung versucht, sowohl das Nettodefizit als auch den inländischen Abgang weiter zu *verringern*³⁾. Der Anteil des inländischen Defizits, gemessen am Produktionspotential, geht 1981 voraussichtlich auf 1,9% (1980 2,4%) zurück. Im Gegensatz zu 1980 wird im kommenden Jahr die Verringerung des Defizits weniger durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik als durch *zusätzliche Einnahmen* angestrebt. Die Einführung neuer Steuern, die Erhöhung bestehender Steuern und Gebühren sowie die Progressionswirkung in der Lohn- und Einkommensteuer werden im kommenden Jahr die Entzugseffekte der inländischen Einnahmen fühlbar erhöhen. Ihr Anteil am Produktionspotential steigt auf 24,9% (1980 24,5%, 1979 24,3%) und liegt damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (1970 bis 1980 24,1%)

Übersicht 3

Potential Output und Bundeshaushalt

	Inland- wirksame Ausgaben	Inland- wirksame Einnahmen	Steuern brutto	Steuern netto
	Anteil am Potential Output in %			
Ø 1970/1974	24,6	24,5	22,5	14,5
1975	26,5	22,7	21,6	13,6
1976	27,0	23,4	21,8	13,8
1977	26,8	23,9	22,4	14,3
1978 ¹⁾	27,1	23,8	22,6	14,2
1979 ¹⁾	27,2	24,3	23,0	14,6
1980 Schätzung ¹⁾	26,9	24,5	22,9	14,4
1981 BVA ¹⁾	26,8	24,9	23,5	14,9

¹⁾ Ohne Umstellung von Kinderabsetzbeträgen zu Familienbeihilfen und Aufhebung der Selbstträgerschaft bei Familienbeihilfen bei Bahn und Post

Trotz der stärkeren Entzugseffekte wird der Bund 1981 das Produktionspotential durch die inländischen Ausgaben weiter in sinkendem Umfang in Anspruch nehmen und damit zum Rückgang der gesamten Kapazitätsauslastung beitragen. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß der Bundeshaushalt 1981 *restriktiv* wirkt. Der Anteil der inländischen Ausgaben des Bundes am Produktionspotential ist 1981 mit 26,8% niedriger als in den Vorjahren, liegt aber doch höher als im Rezessionsjahr 1975

³⁾ Der Anteil des inländischen Defizits, gemessen am Produktionspotential, betrug 1978 3,4%, 1979 2,9%. Er wird 1980 auf 2,4% und 1981 auf 1,9% sinken. In der allgemeinen Diskussion wird meist der Anteil des Nettodefizits am BIP als Indikator verwendet. Dieser Anteil sinkt von 3,6% (1979) auf 3,0% (1980) und 2,4% (1981).

Diese Beurteilung des Bundesvoranschlags 1981 geht von der Annahme aus, daß auch im kommenden Jahr, wie in den Vorjahren, nur das Grundbudget eingesetzt wird. Würde man den *Konjunkturausgleichshaushalt* mitberücksichtigen, wäre das Bild zu modifizieren. Sowohl die Stabilisierungsquote als auch die Konjunkturbelebungsquote enthalten zum überwiegenden Teil unmittelbar nachfragewirksame Ausgaben (Investitionen, Instandhaltungen, Käufe der Landesverteidigung). Die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch die inländischen Ausgaben des Bundes würde im Vergleich zu den Vorjahren steigen und mit 27,3% über dem langfristigen Durchschnitt liegen. Der prognostizierte Rückgang der inländischen Nachfrage nach inländischen Produkten könnte damit nahezu kompensiert werden. Dann würde allerdings das Defizit nicht verringert werden.

Übersicht 4

Entwicklung der Budgetsalden

	1978 Erfolg	1979 Erfolg	1980 Schätzung	1981 BVA
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S			
Bruttosaldo	-9,3	+0,7	+2,5	-1,8
Nettosaldo	-5,5	+2,9	+2,5	+5,0
Nachfragewirksamer Saldo ungewichtet	-5,7	+3,4	+0,7	+3,3
Nachfragewirksamer Saldo gewichtet	-7,5	-1,5	-3,6	-2,2

(+) = Verringerung des Defizits

(-) = Vergrößerung des Defizits

Die Wirkungen des Grundbudgets sind jedoch nicht so restriktiv, wie die ausschließliche Saldenbetrachtung annehmen ließe. Es ist zu berücksichtigen, daß die restriktiven Wirkungen einer Einnahmensteigerung geringer sind als die Nachfrageimpulse eines gleich hohen Ausgabenzuwachses (Haavelmo-Theorem). Gliedert man die Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Kriterien und gewichtet sie mit ihren durch Import- und Sparquoten bestimmten Erstrundeneffekten⁴⁾, läßt sich zeigen, daß pro Milliarde Schilling die Nachfrageimpulse der Ausgaben um etwa 0,2 Mrd. S größer sind als die Entzugseffekte der Einnahmen.

Diese Effekte spiegeln sich auch in der Entwicklung des gewichteten nachfragewirksamen Budgetabgangs. Seine Veränderung zeigt, daß der Bundeshaushalt im Jahre 1981 weniger restriktiv wirkt, als die im allgemeinen zur Beurteilung herangezogenen Salden (Nettodefizit, ungewichteter nachfragewirksamer Saldo) vermuten ließen, weil vorwiegend Mehreinnahmen zu deren Verringerung beitragen. Die unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Salden

⁴⁾ Die Gewichte für die einzelnen Ausgaben- und Einnahmenkategorien wurden entnommen aus H. Seidel: Unsere Staatsfinanzen. Finanzbericht 1978 — Analyse und Perspektiven Wien 1978, S. 120

Übersicht 1

Brutto-National- und -Inlandsprodukt

	Gewicht in % des OECD-BNP 1979	Durch- schnittliches Wachstum 1968 bis 1978	1976	1977	1978	1979	1980	1981
			Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen					
USA	34,7	2,9	5,6	5,1	4,4	2,3	-1,0	1,0
Japan	14,8	6,6	6,5	5,4	5,9	5,9	5,0	4,0
BRD	11,2	3,5	5,2	2,7	3,2	4,5	2,0	0,0
Frankreich	8,4	4,4	5,0	2,8	3,8	3,3	1,5	1,0
Großbritannien	5,9	2,2	3,7	1,3	3,1	1,5	-2,5	-2,0
Italien	4,7	3,4	5,9	2,0	2,6	5,0	4,0	-0,5
Kanada	3,3	4,5	5,7	2,7	3,6	2,8	-0,5	1,0
Große Industrieländer	83,0	3,8	5,5	4,1	4,2	3,5	1,0	1,0
Spanien	2,9	4,9	3,0	2,6	2,5	0,8	0,5	2,0
Niederlande	2,2	3,9	5,3	2,8	2,4	2,3	1,0	0,5
Belgien, Luxemburg	1,6	4,0	5,3	1,2	2,5	2,4	1,5	1,0
Schweden	1,6	2,1	1,3	-2,7	2,8	3,8	2,5	1,0
Schweiz	1,4	1,7	-1,4	2,4	0,2	2,2	2,5	0,0
Österreich	1,0	4,4	5,8	4,4	1,0	5,1	3,5	1,0
Dänemark	1,0	3,1	7,0	1,9	1,0	3,5	-1,0	1,0
Norwegen	0,7	4,4	6,8	3,6	3,5	4,8	3,0	2,0
Finnland	0,6	4,0	0,3	0,4	1,4	7,2	6,0	3,0
Griechenland	0,6	5,9	6,4	3,4	6,2	3,8	1,0	2,0
Portugal	0,3	4,8	6,2	5,4	3,2	4,1	4,0	3,0
Irland	0,2	4,1	2,9	5,5	6,1	1,9	1,0	2,0
Kleine Industrieländer	14,1	3,6	3,8	2,0	2,3	2,9	1,5	1,5
OECD insgesamt ¹⁾	100,0	3,8	5,2	3,7	3,9	3,3	1,0	1,0
OECD-Europa ²⁾	45,1	3,6	4,6	2,3	3,0	3,3	1,5	0,5
EG	35,2	3,5	5,0	2,3	3,1	3,5	1,0	0,0
EFTA ³⁾	5,6	3,0	2,3	1,4	1,8	4,1	3,0	1,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Einschließlich Australien, Neuseeland, Island und Türkei — ²⁾ Einschließlich Island und Türkei — ³⁾ Einschließlich Island

ren Informationsquellen zusammengestellten Prognose des Institutes ein Wachstum des *realen BNP* für den gesamten OECD-Raum von je 1%. Die kleinen Industrieländer werden insgesamt mit 1½% in beiden Jahren jeweils um ½ Prozentpunkt stärker wachsen als die großen Industrieländer (siehe Übersicht 1; Prognosen für die Industrieproduktion siehe Über-

sicht 2). Der leichte Konjunkturaufschwung im Verlauf des nächsten Jahres dürfte zwei Kräften zu danken sein. Einmal könnte sich das Wachstum der real verfügbaren Einkommen wiederbeleben, da die Inflation allgemein abflachen wird. Das dürfte zu einem Anstieg des privaten Konsums führen. Zum zweiten ist zu hoffen, daß durch die vermehrte Kaufkraft der

Übersicht 2

Industrieproduktion

	Gewicht ¹⁾	1976	1977	1978	1979	1980	1981
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
USA	35,5	10,8	5,9	5,8	4,1	-4,5	0,5
Japan	13,0	11,0	4,1	6,2	8,2	7,5	2,5
BRD	14,3	7,1	3,0	2,1	5,5	1,5	-1,0
Frankreich	8,4	9,2	2,2	1,7	4,0	-0,5	-0,5
Großbritannien	5,5	2,7	5,0	2,9	3,7	-6,5	-3,0
Italien	4,9	12,2	-0,6	2,1	6,7	5,5	-4,0
Kanada	3,4	5,5	2,2	4,2	4,6	-2,0	1,0
Große Industrieländer	85,0	9,4	4,2	4,4	5,1	-0,5	0,0
Spanien	2,5	6,5	12,2	-3,9	0,4	1,0	2,0
Niederlande	2,0	7,7	0,5	0,5	2,8	0,5	-1,0
Belgien, Luxemburg	1,7	8,9	-0,4	2,5	4,2	1,5	-1,0
Schweden	1,7	-2,5	-5,1	-0,6	7,5	0,0	-1,0
Schweiz	2,2	0,5	5,5	0,2	1,6	5,0	1,0
Österreich	1,0	7,0	3,7	2,2	6,3	4,5	0,0
Norwegen	0,7	6,0	-0,6	10,1	7,9	2,5	1,0
Finnland	0,6	0,7	0,7	3,5	8,2	7,0	3,0
Portugal	0,4	3,0	13,6	6,8	6,6	7,0	5,5
Griechenland	0,3	10,5	2,0	7,6	6,1	-1,0	2,5
Irland	0,2	9,3	8,3	9,1	6,8	2,5	4,0
Kleine Industrieländer	13,3	4,6	3,4	1,0	4,0	2,5	0,5
OECD insgesamt ²⁾	100,0	8,7	4,0	3,9	4,9	0,0	0,0
OECD-Europa	46,3	6,8	2,8	1,8	4,7	1,0	-1,0
EG	37,0	7,7	2,4	2,1	4,9	0,5	-1,5
EFTA	6,6	1,5	1,9	2,0	5,4	3,5	-1,0

Q: OECD EG nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ In Prozent der OECD-Industriewertschöpfung 1975 — ²⁾ Einschließlich Australien